

Information zu der Verarbeitung

„Protokoll des Generalinspektorates der Wr. Sicherheitswache“

gemäß § 43 DSG sowie Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Landespolizeidirektion Wien
Schottenring 7-9
1010 Wien
Telefon: +43 1 31310-0
E-Mail: LPD-W@polizei.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: lpd-datenschutzbeauftragter@polizei.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Verwaltung des Aktenlaufes innerhalb der Sicherheitswache; Programm dient nur noch der Evidenzhaltung von Akten mit 50-jähriger Skartierungsfrist; es erfolgt keine Eingabe neuer Daten seit 2006

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

§ 13 Sicherheitspolizeigesetz (SPG) idgF, BGBl.Nr. 566/1991 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 104/2002, iVm der Kanzleiordnung der Landespolizeidirektion Wien sowie sämtlichen Rechtsmaterien, zu denen der LPD Wien Mitwirkungsbefugnisse oder -verpflichtungen an der Vollziehung zukommen, insbesondere SPG, StPO, StGB u. strafrechtl. Nebengesetze, VStG, AVG, VVG, EGVG, FrG, StVO, KFG, FSG, BDG, GG, VBG, EO, VerG, WaffG, PyrotechnG etc.

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Die Aufbewahrung und Löschung der Daten erfolgt nach Maßgabe der gesetzlichen Aufbewahrungs- oder sonstigen Skartierungspflichten nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Auftragsverarbeiter iSd § 36 Abs. 2 Z 9 Datenschutzgesetz: Bundesminister für Inneres, IBM Österreich - Internationale Büromaschinen Gesellschaft m.b.H.; Microsoft Österreich GmbH; Bundesrechenzentrum GmbH.

Rechte der betroffenen Person:

Für Verarbeitungen im Anwendungsbereich des § 36 Abs. 1 DSG:

Ein Beschwerderecht bei der Österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 32 Abs. 1 Z 4 Datenschutzgesetz.

Für Verarbeitungen im Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Ein Beschwerderecht bei der Österreichischen Datenschutzbehörde besteht nach Maßgabe des § 24 Abs. 1 Datenschutzgesetz. Für Verarbeitungen im Anwendungsbereich des § 36 Abs. 1 DSG:

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des § 44 Datenschutzgesetz.

Das Recht auf Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten und auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des § 45 Datenschutzgesetz.

Für Verarbeitungen im Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO.

Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO.

Das Widerspruchsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 21 DSGVO.